

Wegfall von Fördermitteln

DEMOKRATIE Engagement gegen Rechtsextremismus in Gefahr.

NÜRNBERG – Die „Allianz gegen Rechtsextremismus“ in der Metropolregion Nürnberg warnt vor den Folgen, die der Wegfall von Fördermitteln des Bundes auf das zivilgesellschaftliche Engagement in der Metropolregion haben könnte.

„Es ist unfassbar“, erklärt Stephan Doll, Vorsitzender der Allianz, in einer Mitteilung. „Aktuell erreichen uns die Nachrichten von Mitglieds-Kommunen und -Landkreisen aus der gesamten Metropolregion, die ab kommendem Jahr keine Partnerschaften für Demokratie, finanziert aus dem Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘, mehr haben werden. Und das in einer Zeit, in der Rechtsextremisten die Demokratie, die Freiheit und die Menschenrechte täglich bedrohen“, so Doll.

Für die betroffenen Städte und Landkreise bedeute das einen erheblichen Einschnitt in die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und den plötzlichen Wegfall an langjährig aufgebauten Strukturen. Die Allianz fordert deshalb die Bundestagsabgeordneten in der Metropolregion Nürnberg auf, parteiübergreifend dafür zu sorgen, dass diese Entscheidungen wieder zurückgenommen werden.

„Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, das im Koalitionsvertrag vorgesehene Demokratie-Fördergesetz endlich umzusetzen“, so Stephan Doll weiter. Laut Dieter Rosner, stellvertretendes Vorstandsmitglied der „Allianz gegen Rechtsextremismus“ und zuständig für die Gebietskörperschaften, gibt es nach derzeitigem Stand in der Metropolregion Nürnberg 19 Partnerschaften für

Demokratie. „16 Partnerschaften davon sind in einer Kommune oder einem Landkreis angesiedelt, die Mitglied bei uns in der Allianz gegen Rechtsextremismus sind“, so Rosner.

Von diesen 16 Mitgliedern werde es bei sechs Gebietskörperschaften keine Weiterförderung geben. Betroffen seien die Städte Bamberg, Bayreuth und Nürnberg sowie die Landkreise Bamberg, Bayreuth und Haßberge. „Wir freuen uns natürlich, dass es für einige unserer Mitglieder im Programm weitergeht, aber stehen gleichzeitig solidarisch an der Seite derjenigen, deren engagierte Arbeit nun zwangsweise beendet wird“, sagt Rosner.

Der Schock sitzt tief

Der Schock und der Frust säßen vor Ort tief, auch weil die Ablehnung der eingereichten Interessensbekundungen als unpersönliches Schreiben per Mail kam, „in dem gleich darauf hingewiesen wurde, dass auch gar nicht erst nachgefragt werden soll, warum jetzt die jeweilige Absage erfolgt.“

Damit der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Freistaat keine „bloße Worthülse bleibt“, fordert die Allianz gegen Rechtsextremismus weiterhin ein bayerisches Demokratiefördergesetz, die strukturelle Unterstützung der Zivilgesellschaft, eine gemeinsame Kampagne zur Stärkung der Zivilcourage, Demokratiebildung und Medienpädagogik, Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen und einen friedlichen und solidarischen Zusammenhalt.